

nen. An sie wurden im Laufe der Jahrzehnte über 27 Milliarden Mark ausbezahlt. Rückzahlungen sind fällig, weil die Ungarn im April dieses Jahres Rückerstattungen an einstige Vertriebene beschlossen haben; anderswo im Osten sind ähnliche Entwicklungen denkbar.

In einer „Aktion Aktensturz“ (Hotze) will das Bundesausgleichsamt nun 6,3 Millionen Akten über Vertreibungsschäden wieder hervorkramen. Eigentlich sollten die vergilbten Papiere in einer ehemaligen Gardinenfabrik in Bayreuth eingemottet werden.

Für Unruhe unter den Bundesbürgern werden nicht nur die Rückzahlungsforderungen sorgen, sondern auch die Bestimmungen des Einigungsvertrages mit der DDR. Darin werden jene 3,5 Millionen Ost-Vertriebenen benachteiligt, die nach dem Krieg nicht im Westen, sondern zwischen Sachsen oder Mecklenburg gelandet sind: Laut Einigungsvertrag sollen sie leer ausgehen.

Nach Schätzungen der Finanz- und Ausgleichsbehörden hätte ihre Teilhabe an den LAG-Segnungen sieben bis neun Milliarden Mark gekostet. Sogar eine bescheidenere schadensunabhängige Pauschalentschädigung, die ebenfalls erwogen wurde und nur halb gekostet hätte, war dem Bundesfinanzminister noch zu teuer; jetzt rechnen Fachleute mit einer Prozeßwelle.

Auch die Bombengeschädigten aus Ost-Berlin oder Dresden sollen ohne Ausgleichszahlungen bleiben. Dabei waren einst die Fliegeropfer die erste Zielgruppe der Schadensregulierung gewesen.

Schon während des Zweiten Weltkriegs wurden 45 Milliarden Reichsmark an Bombengeschädigte ausgezahlt. Nach dem Krieg setzte die LAG-Bürokratie mit Akribie die Arbeit fort – bis in die jüngste Zeit.

Noch 37 Jahre nach den Bombennächten des Zweiten Weltkriegs forschte zum Beispiel das Ausgleichsamt München-Land nach der Zahl der Beschäftigten und nach dem Bierumsatz der Schwabinger Gaststätte „Nordenstern“ im Stichtag 1939. Vergebens: Die Wirtin war schon vor 25 Jahren verstorben, der Wirt vor 5 Jahren.

Ende der achtziger Jahre schien die meiste Arbeit erledigt. „Wir waren eine sterbende Verwaltung“, erinnert sich Bayerns Lastenausgleicher Adam. Mit der Wiedervereinigung war die Zukunft der LAG-Bürokratie plötzlich gesichert. „Alles wird nun zurückgespult“, freut sich Adam.

Vizepräsident Hotze und seine 86 Mitarbeiter im Bundesausgleichsamt fühlen sich durch die neuen Aufgaben schon jetzt „ganz schön auf Trab gehalten“. Hotze: „Es kann sein, daß schon bald wieder Personalzuwachs nötig wird.“

„Absoluter Wahnsinn, was da los ist“

Mitglieder der Scientology-Organisation, die im Westen der Republik zunehmend unter Druck gerät, setzen auf Ausbreitung im Osten. Zum Teil werden sie von Unternehmern unterstützt, die der Sekte zumindest nahestehen.

Die Durchsuchung war ein voller Erfolg. Als zehn Staatsanwälte und Steuerfahnder Mitte vergangenen Monats die Hamburger Geschäftsräume der Firma Hanse Werbe-Ideen filzten, fiel ihnen nicht nur jede Menge Aktenmaterial in die Hände, sondern auch ein Mann, der mit Haftbefehl gesucht wurde.

Dem festgenommenen Karl-Erich Heilig, 33, wird von der Staatsanwalt-

schaft Rostock Steuerhinterziehung von einigen hunderttausend Mark vorgeworfen. Im mecklenburgischen Schwaan hatte Heilig 1990 eine auf seinen Namen lautende Werbefirma mitbegründet und rasch hohe Umsätze erzielt.

Landete ein Teil des Geldes, offenbar am Fiskus vorbei, in den Kassen von Scientology? „In nur 6 Monaten haben wir Scientology mit ca. 6 000 000 DM (i.

W. sechs Millionen) unterstützt“, brüstete sich jedenfalls die Heilig-Firma in einem internen „Schwaan-Info-Letter“. Heilig selbst wird in einer Sponderliste als Mitglied der „Ehrenlegion der Scientologen“ ausgewiesen.

Die mecklenburgische Erfolgsfirma ist nur eines von vielen scientologisch orientierten Unternehmen,



KARL ERICH HEILIG
Mitglied der
Legion of Honor
of Scientologists

„Der beste Weg, um Leuten außerhalb von Scientology zu zeigen, daß die Scientology-Tech funktioniert, ist Blühen und Gedeihen, und ich weiß: das neue Gebäude zeigt, daß Scientology real ist, daß sie funktioniert und daß Scientologen kommt jeder, der diese Gebäude sieht.“

Scientology-Sponderliste (Ausriß)

„Mit ca. 6 000 000 DM unterstützt“



Scientology-Zentrum in Hamburg: „Macht-Formel für die Dritte Dynamik“

die in den neuen Bundesländern operieren. Zur Strategie des Psycho-Multis Scientology, der in den fünfziger Jahren in den USA gegründet worden war, gehört es, mit Tarnorganisationen in der Wirtschaft Fuß zu fassen (SPIEGEL 14/1991) – Motto: „Clear Germany“.

Das Vorgehen stößt im Westen der Republik mittlerweile auf heftigen Widerstand. In Hamburg ermittelt bereits die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung. Aufgrund eines baden-württembergischen Papiers beschloß die Justizministerkonferenz im Mai sogar eine Prüfung, ob die Scientology-Methoden „eine Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden notwendig machen“. Im deutschen Osten dagegen, wo jede investierte Mark willkommen ist, sehen sich die Sektenstrategen vor einer neuen Gründerzeit. Scientology-Sprecherin Sabine Titzel registriert erfreut: „Absoluter Wahnsinn, was da los ist.“

Einiges fällig war etwa auf der Ostsee-Insel Usedom, wo Anfang vergangenen Jahres der Berliner Unternehmensberater Peter-Uwe Krumholz auftauchte. Mit Hilfe des damaligen Bürgermeisters Bodo Kasten aus dem Insel-Örtchen Dargen rief Krumholz ein großangelegtes Arbeitsbeschaffungsprojekt für rund 500 Arbeitslose ins Leben.

Erst allmählich dämmerte den Dargenern, daß Krumholz mit scientologischen Methoden arbeitete. So forderte er Mitarbeiter zur Niederschrift von „Negativstimmungen mit den entsprechenden Wers“ auf. Wer was über wen denkt und mit wem tut, wird bei Scientology in sogenannten Ethik-Akten festgehalten. Ethik im scientologischen Sinne verfolgt nach einer sekteninternen Definition den Zweck, „Gegenabsichten aus der Umgebung zu entfernen“ – teilweise unter Benutzung einer grotesken Kunstsprache: „Out-2D“ etwa steht für Ehebruch.

Ein evangelischer Pfarrer, der wegen solcher Spitzelmethoden Parallelen zur DDR-Staatssicherheit zog, wurde von Krumholz wegen Verleumdung und Geschäftsschädigung verklagt, im vergangenen Monat jedoch vor dem Landgericht Stralsund freigesprochen.

Inspekture des Stralsunder Arbeitsamtes, das insgesamt mehr als drei Millionen Mark an das Krumholz-Projekt überwies, hatten bereits im Herbst vorigen Jahres „unübliche Vorgänge und Vergütungen“ beanstandet. Die Konten der scientologisch inspirierten Arbeits-



Haag

Der Vertrag war bereits unterschrieben, als die Staatsholding erfuhr, daß gegen Haag wegen des Verdachts von Steuerhinterziehung und illegaler Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer ermittelt wird – die Treuhand stormierte den Verkauf des Riesaer Werks.

Ins Stocken geraten sind auch Haags Versuche, die Krupp Stahlbau im Westteil sowie die Bestahl Stahlbau im Ostteil Berlins zu übernehmen. Auf eine Scientology-Mitgliedschaft angesprochen, verweist Haag darauf, daß seine Religion reine Privatsache sei.

Welche Rolle die Lehre des 1986 gestorbenen Sektengründers Lafayette Ronald Hubbard in Haags Stahlunternehmen spielt, zeigen interne Unterlagen. Im Schreiben an einen Mitarbeiter wird beispielsweise die Lektüre von Hubbard-Werken empfohlen – etwa über die „Macht-Formel für die Dritte Dynamik“. Darin heißt es:

Schieben Sie immer Macht in die Richtung eines jeden, von dessen Macht Sie abhängen... Es kann sogar darin bestehen, daß einer seiner Feinde in der Dunkelheit dumpf aufs Straßenpflaster klatscht oder das ganze feindliche Lager als Geburtstagsüberraschung in riesigen Flammen aufgeht.

Haags zeitweilige kaufmännische Leiterin Jeanette Schweitzer, die Ende 1989 über die Scientology-Orga-

nisation an den Unternehmer geriet, wurde in dem Stahlbaubetrieb zum „Ethik-Offizier“ bestimmt. Deutliche Worte mußte sie unter anderem von dem Unternehmensberater Reinhold Stricker hören, einem deutschen Mitglied des World Institute of Scientology Enterprises.

Weil sie den Anforderungen nicht genügte, mußte Jeanette Schweitzer, die inzwischen bei Haag wie bei Scientology ausgestiegen ist, mehrfach im englischen Sektenzentrum Saint Hill Manor Strafsitzungen über sich ergehen lassen. In stundenlangen Verhören werden dabei Fragen gestellt wie: „Bist du ein Tisch? Bist du vorbestraft? Hast du je mit einem Mitglied einer andersfarbigen Rasse geschlafen? Hast du je irgendeinem Scientologen geschadet?“

Als die Abtrünnige gegen ihren Chef arbeitsrechtliche Schritte unternahm, sah sie sich massivem Druck ausgesetzt. So schrieb ihr der Hamburger Immobilienmakler und Scientology Götz Brase: „Wenn Du die Klage weiterlaufen läßt, verstößt Du gegen die grundlegende Regel in Scientology, daß ein Scientologe einen anderen



Krumholz



Fouillois

Scientology-Unternehmer
„Clear Germany“

beschaffung wurden daraufhin gesperrt. Nur knapp scheiterte kürzlich ein planter Coup im sächsischen Riesa. Gerhard Haag, Inhaber der Stahlbautechnik Neckar in der Nähe von Stuttgart und offenkundig Scientology-Anhänger, wollte in der Elbestadt einen Stahlbaubetrieb aus dem Besitz der Treuhand übernehmen.

Scientologen nicht verklagen darf.“ Renate Hartwig, Gründerin und Vorsitzende von „Robin Direkt“, der ersten deutschen Schutzgemeinschaft für Scientologen-Opfer, kommt angesichts solcher Praktiken zu dem Schluß: „Scientology ist keine Sekte im üblichen Sinn und schon gar keine Religion.“ Vielmehr sei die Organisation, die in Deutschland als eingetragener Verein registriert ist, „ein verdeckt operierendes Wirtschaftssyndikat“.

Soviel ist sicher: Schon bald nach Gründung durch Hubbard ging es bevorzugt ums Geld. Neben konfusen oder gefährlichen Sprüchen („Die richtige Ausbildungseinstellung ist... Wir haben dich lieber tot als unfähig“) prägte der zeitweilige Science-fiction-Autor handliche Anweisungen für knallharte Kapitalisten: „Mach Geld. Mach mehr Geld. Mach, daß andere Leute Geld machen.“ Wer viel Geld macht, gilt im Scientology-Sprachgebrauch als Mitarbeiter mit „hoher Statistik“ und genießt in der Sektenhierarchie Privilegien.

Bei neuen Unternehmungen halten sich Scientologen gern im Hintergrund. So taucht im Zusammenhang mit Firmen, die vornehmlich im deutschen Osten operieren und mit Scientology in Verbindung stehen, immer wieder der Name des schleswig-holsteinischen Unternehmers und mehrfach ausgezeichneten Scientologen Detlef Foullois auf.

In einem Schreiben „Perspektiven 1992“ des Unternehmens Cosmos Computer streicht der Scientologe und Firmengründer Stephan Koenig etwa die gute Verbindung zu Foullois heraus. Beispielsweise führt der Computermann an, daß „Herr Foullois 10 000 junge ostdeutsche Firmen, die er als Werbekunden hat, zur Verfügung“ stelle.

Von der Werbefirma des jetzt verhafteten Unternehmers Heilig ließ sich Foullois für seine „Tätigkeiten im Jahr 1991“ ein Honorar von 540 717,01 Mark anweisen. In der Anfang des Jahres gegründeten Hanse Werbe-Ideen, in deren Geschäftsräumen Heilig festgesetzt wurde, firmiert Foullois als Mehrheitseigner.

Foullois, der als CDU-Mitglied gegen einen drohenden Parteiausschluß wegen Scientology-Zugehörigkeit klagt, konnte auch mit seiner Hamburger P&B Management einen schönen Auftrag verbuchen.

Die Hanse Werbe-Ideen übertrug der P&B die „allgemeine Geschäftsberatung“ – natürlich getreu den „Management-Richtlinien von L. Ron Hubbard“.

Blanke Notwendigkeit

Unternehmen und Behörden finden wegen der Wohnungsnot in den Ballungsräumen kaum noch neues Personal. Werkswohnungs-bau soll jetzt Abhilfe schaffen.

Der neue Mann, mittleres Management in der Hauptverwaltung der AEG, wurde sehnlichst erwartet. Der Vertrag war längst unterschrieben. Doch der Mitarbeiter trat den gutbezahlten Posten nicht an. „Die Wohnungspreise in Frankfurt“, schrieb er dem Personalchef, „verbieten einen Umzug.“

So wie dem Elektromulti am Main ergeht es derzeit vielen Unternehmen und

menden Jahren weiter zuspitzen. Das Angebot an Wohnraum, meldeten Gutachter der Kienbaum-Unternehmensberatung und des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in einer Expertise über die Attraktivität des Hamburger Wirtschaftsraums, sei jetzt bereits ein „entscheidender Standortfaktor“.

Schon zweimal hat in Deutschland galoppierender Wohnraummangel das Wachstum der Wirtschaft bedroht: Mitte des 19. Jahrhunderts, als an der Ruhr die Kohle- und Stahlindustrie aus dem Boden gestampft wurde, und nach dem Zweiten Weltkrieg. Beide Male reagierten die Unternehmen auf die gleiche Weise: Sie schufen selber Wohnraum für ihre Beschäftigten.

Das alte Konzept ist in Vergessenheit geraten, Werkswohnungen wurden kaum mehr gebaut. Firmengelder flossen jahrelang in gewinnbringende Anlagen, zum Beispiel Gewerbebauten.



Demonstrierende Polizisten (in München): „Entscheidender Standortfaktor“

Behörden in den Ballungsräumen im Westen Deutschlands: Sie finden, trotz hoher Arbeitslosenquote, kaum neue Beschäftigte von außerhalb.

Die Polizeichefs der Großstädte können, mangels bezahlbarem Wohnraum, nicht mehr genug Beamte anlocken. Bei der Philips GmbH in Hamburg häufen sich Absagen wegen des Wohnungsmangels, in München können Hunderte von Krankenhaus- und Altenheimbetten nicht belegt werden, weil „die horrenden Mieten“, so der Personaldezernent, potentielle Bewerber für Pflegejobs abschrecken.

Nach übereinstimmender Schätzung von Mieterbund und Wohnungswirtschaft wird sich die Lage in den kom-

„Viele Unternehmen“, konstatiert der Bundesverband der Deutschen Industrie, „haben spätestens in den siebziger Jahren ihre Werkswohnungen abgestoßen.“

Neuerdings gewinnt das alte Rezept wieder an Attraktivität. So will es das Bonner Justizministerium Unternehmen erleichtern, Firmenwohnungen an den Arbeitsvertrag zu koppeln. Bislang hatten Arbeitnehmer nach den Regeln des geltenden Mietrechts auch dann einen Anspruch auf Verlängerung des Mietvertrags für ihre alte Werkswohnung, wenn sie den Arbeitgeber wechselten.

Für derlei Wohnraum will die Bundesregierung künftig auch Zeitmietverträge zulassen. Auf diese Weise, so das